Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Dilemmas der Sozialpolitik

Jacek Kuron Soziale Gerechtigkeit als soziale Bewegung

Richard B. Freeman Postkommunistische Schizophrenie

Ira Katznelson Jenseits von Sozialismus und Liberalismus

Hans-J. Wagener Enttäuschungen, Wunder und rationaler Diskurs

Aleksander Smolar Vom *homo sovieticus* zum Bürger

Claus Offe Akteure und Agenda der Reform

Vergangenheiten

Tony Judt Politische Mythen im Nachkriegseuropa

Markus Meckel Vergangenheit als gesamtdeutsche Aufgabe

Dieter Simon Verstellung und Waschzwang

Stefan Chwin Die Furcht. Erzählung

Elemer Hankiss Der ungarische Medienkrieg

Leszek Kolakowski Vorwitzige Bemerkungen zum neuen Katechismus

Simon Norfolk Willkommen, Bienvenue, Welcome. Photographien

verlag neue kritik 6

Jacek Kuron

Man muß träumen

Soziale Gerechtigkeit als soziale Bewegung

Polen wird zur Zeit zum wiederholten Male von einer Streikwelle erfaßt, wohl der größten unter der Regierung des sogenannten Solidarnosc-Lagers. Der wichtigste Organisator dieser Streiks, die sich – wie die neuesten Meinungsumfragen zeigen – einer recht breiten Unterstützung in der Bevölkerung erfreuen, ist die Gewerkschaft *Solidarnosc.*

Die Streiks begannen zu einem Zeitpunkt, zu dem Polen als erstes postkommunistisches Land deutliche Anzeichen einer positiven Entwicklung verbuchen konnte. Das klingt zwar paradox, ist aber ein durchaus normales Phänomen. Darüber hinaus kann man mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß dies nicht die letzten Massenstreiks der Übergangsperiode gewesen sein werden.

Es kann passieren, daß der Prozeß des Umbaus und der wirtschaftlichen Entwicklung durch solche Konflikte erheblich verlangsamt oder für eine gewisse Zeit sogar blockiert wird. Es ist aber auch möglich, Konflikte mit Hilfe eines gesellschaftlichen Dialogs, einer konstruktiven Verständigung zu bewältigen, was die positive Entwicklung erheblich beschleunigen würde. Wir befinden uns heute an einem dramatischen Scheideweg. Vor einem ähnlichen Dilemma stehen zur Zeit jedoch nicht nur die postkommunistischen Länder, sondern die ganze Welt. Vieles wird davon abhängen, ob es uns gelingt zu verstehen, was um uns herum geschieht. Wenn wir den Kommunismus ausschließlich als die Verkörperung des Bösen betrachten, werden wir die postkommunistische Epoche nicht begreifen können. Deshalb müssen wir mit einer Überprüfung dieses Modells beginnen.

Soziale Sicherheit im realen Sozialismus

Der reale Sozialismus stellte ein System der zentralen Lenkung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens dar und implizierte damit auch ein System zentraler Verteilung. Im Prinzip waren alle Bürger Angestellte des Staates, und Arbeitsplätze stellten ein Gut von unbegrenzter Verfüg-

barkeit dar. Die Löhne wie auch andere Geldleistungen sollten praktisch nur für Lebensmittel und Kleidung reichen. Andere Güter – wie Wohnung, Energie, Heizung, medizinische Versorgung, Medikamente, Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen, Universitäten, Bücher, Kinokarten oder Ferienaufenthalte für Kinder und Erwachsene – sollten umsonst zur Verfügung stehen. Jedem Beschäftigten stand eine Altersversorgung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie eine Rente im Falle einer Erwerbsunfähigkeit zu.

Man kann also sagen, daß die Absichten der sozialistischen Ideologen verwirklicht worden sind: Man hat ein System maximaler sozialer Sicherheit aufgebaut und gleichzeitig die Menschen ihrer Freiheit und Selbstbestimmung beraubt. Die größte soziale Sicherheit gibt es bekanntlich im Gefängnis.

Die Mehrheit der Polen erlebte diese Beschränkung der Freiheit – zumindest in der ersten Zeit der Volksrepublik Polen – als eine Unterdrückung der nationalen Kultur und der katholischen Tradition. Aber was die hier beschriebene Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit anbetrifft, wurde sie von der Bevölkerung für völlig normal erachtet und akzeptiert. Das zeigen ältere und neue empirische Untersuchungen. Aus ihnen geht hervor, daß die Unzufriedenheit mit dem Sozialismus aus der Diskrepanz zwischen durchaus akzeptierten sozialistischen Prinzipien und ihrer mangelnden Verwirklichung herrührte.

Der reale Sozialismus war ein Versuch, soziale Gerechtigkeit mittels einer zentralen Verteilung zu realisieren, d.h. indem der freie Markt liquidiert wurde. Aber gerade in der Konkurrenz mit dem freien Markt hat das System verloren. Im Grunde stand es gegenüber dem freien Markt von Anfang an auf verlorenem Posten, seine Anführer waren angesichts unüberwindbarer Schwierigkeiten immer wieder gezwungen, sich der Marktmechanismen zu bedienen.

Es ist allgemein bekannt, daß die Abschaffung des Marktes einen Mangel an ökonomischer Effizienz zur Folge hatte. Dieses Phänomen ist ausführlich genug beschrieben worden. Der reale Sozialismus wird manchmal als System der Mangelwirtschaft bezeichnet. Die mangelnde ökonomische Effizienz dieses Systems ist eine unbestreitbare Tatsache, die zu einer drastischen Senkung des Angebots führt. Selten wird aber zur Kenntnis genommen, daß die Liquidierung des Marktes sich auch auf die Nachfrage auswirkt, die indirekt und direkt um ein vielfaches erhöht wird. Denn die Nachfrage für zentral verteilte Güter findet ihre Grenze nur in den Ansprüchen der Menschen.

In den Zeiten des Stalinismus, vor allem in der Sowjetunion, führte der Massenterror und die mit ihm verbundene totale staatliche Kontrolle von Information und Bewegungsfreiheit zu einem sehr niedrigen Anspruchsni-

veau. Dennoch war die Nachfrage immer höher als das Angebot; es gibt keine objektiven Indikatoren, die erlauben würden zu behaupten, daß außerhalb der Lager und Gefängnisse die Ursachen dafür ausschließlich auf seiten des Angebots lagen. Unabhängig von der Effizienz einer Ökonomie ist die Verfügbarkeit von Gütern grundsätzlich begrenzt, während die Nachfrage stets unbegrenzt ist. Dies erzwingt die offizielle oder inoffizielle Einführung von Rationierungsmaßnahmen. Im Endeffekt werden die einen bevorzugt, andere diskriminiert, was einer drastischen Einschränkung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit gleichkommt.

Nachdem die regierenden Kommunisten nach 1956 die Methoden des Massenterrors aufgegeben hatten, ergab sich die Möglichkeit, durch Streiks, Demonstrationen sowie zunehmend besser organisierte Bürgerbewegungen Druck auf die Machthaber auszuüben. Wenn man die Forderungen und Parolen dieser Bewegungen analysiert, kann man feststellen, daß sie vor allem auf die Wiederherstellung der Gerechtigkeit abzielten – Abschaffung der Privilegien und allgemeiner Zugang zu jenen Gütern, die für ein würdiges Leben unverzichtbar sind. Mit anderen Worten: Ja zum Sozialismus – Nein zu seiner Deformierung.

Ein zentrales Verteilungssystem fördert Anspruchshaltungen, die inoffizielle Rationierung von Gütern das Spekulantentum. Menschen, die sich um ihre Selbstbestimmung gebracht fühlen, können sich individuell durchlavieren oder aber sie organisieren Bewegungen, um Druck auf die Machthaber auszuüben. Eine starke Bewegung, die an die Anspruchshaltungen der Allgemeinheit appelliert, ist in der Lage, ihren Teilnehmern das Gefühl der Selbstbestimmung zurückzugeben. Die Menschen nehmen damit ihr Leben in die Hand, beschränken sich aber darauf, von den Regierenden zu fordern, mehr und besser zu verteilen.

Ein Faktor, der die Erwartungen der Menschen anheizte und damit ihre Anspruchshaltung verstärkte, war das westliche Konsumverhalten, das in allen Ländern des realen Sozialismus und insbesondere in Polen wohlbekannt war. Dieses Konsumverhalten wurde allerdings entsprechend den als normal akzeptierten Prinzipien der gesellschaftlichen Zusammenarbeit im realen Sozialismus interpretiert, das heißt losgelöst von den Prinzipien der Marktwirtschaft: Man erwartete einfach, daß die westlichen Waren in der üblichen Weise vom kommunistischen Staat verteilt würden; man forderte volle Geschäfte, ohne zu bedenken, daß dies nur im Zusammenhang mit einem entsprechenden Preis- und Lohnniveau möglich ist. Die Ansprüche stiegen, während die ökonomische Effizienz eher sank. Damit wuchs die gesellschaftliche Unzufriedenheit und mit ihr die Hoffnungen, die sich mit dem Sturz des kommunistischen Systems verbanden.

Der Sturz des Kommunismus und die Einführung der Marktwirtschaft wurde von der ganzen Bevölkerung unterstützt. Man rechnete mit einer schnellen Verbesserung der Lebensbedingungen und vertraute der *Solidarnosc,* die beim Übergang die entscheidende Rolle gespielt hatte. Die *Solidarnosc* war eine Massenbewegung für gesellschaftliche Selbstbestimmung in der oben dargestellten Form; insofern war sie von der Logik des alten Systems geprägt. Die Folgen des beginnenden Umbaus mußten daher wie ein Schock wirken.

Von Anfang an, also bereits ab Januar 1990, füllten sich die Geschäfte. Doch waren bis dahin die Menschen der Mittelschicht in der Lage gewesen, praktisch alles, was in die Geschäfte kam, käuflich zu erwerben, so erwies sich das jetzt als unmöglich. In der Volksrepublik Polen gehörten zur Mittelschicht qualifizierte Arbeiter, Lehrer, Angestellte, Ärzte und Bauern. Sie waren die tragende Kraft im Widerstand gegen den realen Sozialismus gewesen und spürten jetzt schmerzlich die soziale Ungerechtigkeit der Marktwirtschaft.

Als die Subventionierung der Produktion eingestellt wurde, mußten die Menschen das, was sie vorher in indirekter Form vom Staat bezogen hatten, jetzt in Form von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in Anspruch nehmen. In meiner Funktion als Minister für Arbeit und Soziales war ich mit diesen Dingen befaßt, und ich weiß, daß man diese Form der Unterstützung nicht ohne Grund als Demütigung empfindet.

Wird die Wohnungswirtschaft nicht weiter subventioniert, führt dies zu einem Anstieg der Energie-, Heizung- und Mietpreise, was natürlich eine allgemeine Unzufriedenheit hervorruft. Viele Familien werden mit den damit entstehenden Problemen nicht fertig. Man muß zugleich bedenken, daß die Einrichtungen für Sozialhilfe sich nur langsam entwickeln, viel langsamer als die Preise, die den makroökonomischen Entscheidungen folgen.

In Anbetracht all dessen wird zunehmend Druck auf die Regierung ausgeübt, sie möge den Menschen helfen und soziale Gerechtigkeit schaffen. Gleichzeitig verringern sich aber die Haushaltsmittel des Staates in dem Maße, wie die staatlichen Betriebe, bisher die wichtigsten Steuerzahler, schwächer werden. Der privatwirtschaftliche Sektor wächst zwar schnell, doch ist die Finanzverwaltung nicht gerüstet, die riesige Zahl kleiner und mittlerer Betriebe zu kontrollieren, die bemüht sind, die Vorschriften zu umgehen. Immer weniger Geld steht für Bildung, Gesundheitswesen, Renten und Sozialhilfe zur Verfügung, ganz zu schweigen von dem für Kultur und Umweltschutz.

Das System der maximalen sozialen Sicherheit ist zusammengebrochen, während der Aufbau des neuen Systems nur langsam und mit Widerstän-

den vorangeht. Die Angst vor einer ungewissen Zukunft ist das, was die Menschen im Moment am meisten bewegt. Deshalb wächst die Unzufriedenheit mit der Regierung und die Enttäuschung über die Marktwirtschaft. Neue Meinungsumfragen haben ergeben, daß 29% der Polen die allgemeine Richtung der Veränderungen unterstützen, 39% lehnen sie entschieden ab. Rechnet man die weniger Entschiedenen dazu, gibt es fast 60% Unzufriedene. Es kann nicht überraschen, daß unter diesen Umständen Demagogen an Zulauf gewinnen, das Parlament zersplittert ist und die Regierung oft wechselt.

Das alles fördert nicht gerade die Herausbildung der erforderlichen neuen Qualifikationen in Politik und Verwaltung, umso weniger als es keine Erfahrungen gibt mit einem gesellschaftlichen Umbau eines solchen Ausmaßes, wie er in den postkommunistischen Ländern stattfindet. Alle Qualifikationen, die in hochindustrialisierten Ländern erworben werden, zielen auf eine Übernahme von Aufgaben innerhalb relativ stabiler Strukturen ab, von denen bei uns nicht die Rede sein kann.

Trotz dieser Schwierigkeiten erlaubte die Unterstützung, welche die *Solidarnosc* am Anfang des Übergangsprozesses genoß, einen radikalen Einstieg in die Marktwirtschaft: Die makroökonomischen Entscheidungen der Regierung und des Parlaments fanden Akzeptanz, und der relative gesellschaftliche Frieden sowie die verbreitete Fähigkeit zur Selbstorganisation, wie sie die *Solidarnosc*-Bewegung herausgebildet hatte, trugen mit dazu bei, daß die Einführung des Marktes vielen Menschen und gesellschaftlichen Gruppen erlaubte, einen wirklichen Umbau in die Wege zu leiten. Zur Zeit stammt fast die Hälfte des außerhalb der Landwirtschaft erwirtschafteten Bruttosozialprodukts aus dem Privatsektor – verglichen mit knapp 10% vor drei Jahren. Dabei beschäftigt der Privatsektor 42% der Arbeitskräfte (die Landwirtschaft nicht mitgerechnet), gegenüber 10% vor drei Jahren. Es gab einen erheblichen Zuwachs im Dienstleistungssektor, wo zur Zeit 40% der Arbeitskräfte (ohne die Landwirtschaft) beschäftigt sind, gegenüber 16% früher. Der Export steigt stetig, und auf dem Binnenmarkt gibt es immer mehr Produkte, die westlichen Produkten an Qualität in nichts nachstehen.

Die 1990 gewählten kommunalen Selbstverwaltungen haben sich im großen und ganzen bewährt. Eine Vielzahl von Initiativen wird von ihnen angekurbelt und unterstützt. Die kommunalen Haushalte sind im Gegensatz zum Staatshaushalt nicht defizitär. Auf lokaler Ebene entstehen die unterschiedlichsten Vereine, Stiftungen und wirtschaftliche oder soziale Initiativen. So kann sich zum Beispiel das Niveau außerstaatlicher Sozialdienste durchaus mit dem Westen messen. Es ist vermutlich ein Ausdruck des Erfolgs dieser unterschiedlichsten lokalen Initiativen einschließlich der kommunalen Selbstverwaltungen, wenn 60% der Befragten in unserem

Land die Veränderungen, die in den letzten drei Jahren in ihrem Umfeld stattgefunden haben, positiv bewerten.

Die Unterschiede in der Bewertung der staatlichen und der lokalen Ebene ist wohl eine verständliche Folge des Zusammenbruchs eines zentralisierten, staatlichen Systems einerseits und des Aufbaus einer wirtschaftlich, regional und lokal pluralistischen Gesellschaft andererseits. Es zeichnen sich jedoch Ungleichmäßigkeiten in dieser Entwicklung ab, die für den Prozeß der Transformation und für den gesellschaftlichen Frieden bedrohlich werden könnten.

Der Mythos der Arbeiterklasse

Im Realsozialismus verkündete die Propaganda, daß die Arbeiterklasse in der Gesellschaft eine besondere Rolle spiele, die führende, die regierende Kraft der Nation sei usw. In der täglichen Praxis waren die Arbeiter von der Einschränkung der Freiheit nicht weniger betroffen als andere Bürger, aber die Arbeiter der Großbetriebe – der Bergwerke, Stahlhütten und Rüstungsbetriebe – waren privilegiert, was die Löhne und – damals noch wichtiger – den Zugang zu verschiedenen Gütern anbelangte, die offiziell vom Staat verteilt wurden. Das betraf die Wohnungen, die medizinische Versorgung, die Ferienheime, die Sportanlagen, die Geschäfte, die Kantinen, die Gutscheine für Autos, Fernseher, Waschmaschinen – wer in einem solchen Betrieb beschäftigt war, wurde von ihm in fast allen Bereichen seines Lebens versorgt, und die Qualität dieser Versorgung übertraf den landesüblichen Standard. Gleichzeitig war damit ein hohes Ansehen in der Gesellschaft verbunden.

Die Untersuchungen über den Prestigewert verschiedener Berufe ergaben immer wieder, daß die Facharbeiter ganz oben, kurz hinter den Universitätsprofessoren und den Schriftstellern rangierten. Ich beziehe mich hier jedoch lediglich auf etwa 150 bis 200 Betriebe, die unmittelbar dem Zentralkomitee unterstanden und dadurch besonders privilegiert waren.

Wie bereits erwähnt, hatte die faktische Situation der Arbeiterklasse – trotz ihrer Privilegien – nichts mit der mythischen Rolle zu tun, die ihr von den Führern und Ideologen der Partei zugeschrieben wurde.

Doch 1956 und im Winter 1970/71 kam es zu einer Verschmelzung der realen Rolle der Arbeiter mit ihrer mythischen Rolle. In beiden Fällen haben die Belegschaften der großen Betriebe einen Wechsel an der Parteispitze erzwungen und die Machthaber dazu gebracht, ihre Entfremdung von der Arbeiterklasse einzugestehen und grundsätzliche politische Veränderungen in Aussicht zu stellen. In beiden Fällen haben diese Veränderungen dann auch stattgefunden, auch wenn sie sich nicht ganz mit den Versprechungen deckten.

Im Juni 1956 erhoben sich die Arbeiter von großen Staatsbetrieben im Namen des polnischen Volkes und bekräftigten damit ihre führende Rolle. Entsprechend wurden die Arbeiterproteste dann auch von Wladyslaw Gomulka interpretiert, der damals auf den Posten des Ersten Parteisekretärs gehievt wurde. Im Dezember 1970 kamen die Arbeiter nicht dazu, ihre Forderungen zu artikulieren, aber Edward Gierek interpretierte ihren Protest ebenfalls als Ausdruck der führenden Rolle der Arbeiterklasse, als er Erster Parteisekretär wurde. Im Januar 1971 sprachen die Stettiner Werftarbeiter abermals im Namen der Polen, und sie wurden von Gierek als Vertreter des Volkes behandelt. Diese Ereignisse bekräftigten im Bewußtsein der Arbeiter und der ganzen Gesellschaft den Mythos von der führenden Rolle der Arbeiterklasse.

Auch im August 1980 traten die Werftarbeiter im Namen der Gesellschaft und der Nation auf, sie führten Verhandlungen mit den Regierenden, die sie als eine der Gesellschaft äußerliche Macht betrachteten. Die *Solidarnosc* wurde geboren, und der Mythos von der Arbeiterklasse als führender Kraft der Nation wurde Wirklichkeit. Sowohl in ihrer Zentrale in Danzig wie auch in allen Regionen organisierte sich die Gewerkschaft um die großen Betriebe herum, und sie genoß die Unterstützung des größten Teils der Gesellschaft.

In der Zeit des Kriegsrechts und in den nachfolgenden Jahren äußerte sich der Widerstand in vielfältiger Form und in unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft. Doch die Angst der Generäle und Parteisekretäre wurde erst durch die Streiks der Arbeiterjugend in den großen Betrieben und durch die Parole: »Es gibt keine Freiheit ohne *Solidarnosc*« geweckt. Als dann die *Solidarnosc* im Juni 1989 die Wahlen gewonnen hatte, als eine Regierung berufen wurde, deren Premierminister sich aus der *Solidarnosc* rekrutierte, stellte sich plötzlich heraus, daß mit der Niederlage der marxistischen Theorie auch die Arbeiterklasse samt ihrer führenden Rolle aufhörte zu existieren. Das ist sehr lange nicht in das Bewußtsein der Arbeiteraktivisten der *Solidarnosc* vorgedrungen.

Im Mai 1990 fand im historischen Saal der Danziger Werft, wo zehn Jahre zuvor das Danziger Abkommen unterzeichnet worden war, ein Treffen zwischen dem Premier und seinen Ministern und den Vertretern der Werft statt. Die Werftarbeiter, häufig ehemalige Kollegen der Minister, sprachen mit den Regierungsvertretern in scharfem Ton. Sie fühlten sich berechtigt, der Regierung Anweisungen zu geben und sie zu tadeln. Sie machten Vorwürfe, daß die Veränderungen zu langsam voranschritten, daß immer noch viele Mitglieder der Nomenklatura an der Macht und die kommunistischen Privilegien nicht abgeschafft seien und daß jeder Bananenhändler mehr verdiene als ein Werftarbeiter. Später bestellte Walesa die Regierung und die Abgeordneten in die Werft und erklärte, daß die Arbei-

ter den ganzen Papierhaufen (er meinte die Gesetze und Verordnungen) mit einer Hand vom Tisch wischen könnten. Bei einigen Streiks versuchte man noch, sich allgemeiner und nationaler Forderungen zu bedienen, aber allen, einschließlich der Streikenden, war bereits klar, daß dies nur noch Dekoration für partikulare, den eigenen Betrieb und die eigene Branche betreffende Forderungen war.

Die Bewegung für die Wahl Walesas zum Präsidenten war der letzte Versuch, den Mythos der Arbeiterklasse zu retten und zugleich einer Politik, die als gegen die Arbeiter gerichtet empfunden wurde, eine Absage zu erteilen. Bei manchen Aktivisten weckte das die Hoffnung, die *Solidarnosc* könne wieder die Rolle übernehmen, die sie in den Jahren 1980/81 innehatte. Doch Walesas Unterstützung der Wirtschaftspolitik von Balcerowicz machte diese Hoffnungen endgültig zunichte.

Die Einführung der Marktwirtschaft hat tatsächlich sämtliche Privilegien für die Betriebe der Schwerindustrie abgeschafft. Theoretisch war ihre Lage von einem Tag auf den anderen schwieriger als die der kleineren Betriebe und Dienstleistungsunternehmen. Aber real verfügten sie noch über Vorräte, Konten auf den Staatsbanken und gegenseitige Abkommen, die ihnen erlaubten zu überdauern. Ähnlich wie früher die Parteikomitees, hatten in diesen Betrieben jetzt *Solidarnosc*-Kommissionen leitende Funktionen inne, und lange Zeit konnten weder sie noch die Direktoren, die an eine politische Form der Betriebsleitung gewöhnt waren, begreifen, daß radikale Veränderungen ihrer Betriebsführung möglich oder gar notwendig sein sollten.

Die Staatsbetriebe entstammen dem System der zentralen Lenkung und Verteilung. Da sie keine Absatzprobleme kannten, hatten sie es auch nicht nötig, aktiv um Kunden zu werben, ihren Geschmack zu berücksichtigen oder die eigenen Produktionskosten zu senken, um mit konkurrenzfähigen Preisen neue Märkte erobern zu können. Staatsbetriebe beschäftigten mindestens ein Drittel mehr Personal als nötig und versuchten sowohl im Produktionsbereich wie im sozialen Bereich autark zu sein. So besaßen sie nicht nur – wie schon erwähnt – eigene Wohnsiedlungen, Kraftwerke, Schwimmbäder, Sport- und Ferienanlagen, sondern auch ihre eigenen Werkzeugmachereien, Fuhrparks, Reparaturwerkstätten und sogar – wie bei der Eisenbahn – eigene Schneiderwerkstätten. All das trieb natürlich die Kosten in die Höhe und entsprechend die Preise. Es ist also kein Wunder, wenn unter den Bedingungen der Marktwirtschaft solche Betriebe große Absatzprobleme bekommen und sich nicht halten können.

Zu allem Übel brach auch noch der wichtigste Absatzmarkt der Staatsbetriebe zusammen – nämlich die Sowjetunion und mit ihr der ganze Ostblock. Verschiedene Umfragen haben gezeigt, daß trotz alledem die meisten Mitarbeiter der Staatsbetriebe von dem hervorragenden Zustand ihres

Betriebs überzeugt sind. Die Absatzprobleme betrachten sie als eine zusätzliche Aufgabe für die Direktion und glauben nicht, daß irgendeine Umstrukturierung nötig wäre.

Es ist sicher ein Verdienst des Managements, wenn ein Teil der großen Betriebe einen Weg gefunden hat, unter marktwirtschaftlichen Bedingungen einigermaßen zu funktionieren. Die meisten haben jedoch nur ihre Überschuldung vergrößert, ihr Vermögen aufgezehrt und sich heftig gegen jegliche Veränderung gewehrt. Nach Meinung der Belegschaften, aber auch der Gewerkschaftsfunktionäre ist die Regierungspolitik schuld an diesem Zustand, da sie aus rein ideologischen Gründen die Privatunternehmen gefördert und die Staatsbetriebe bekämpft habe.

Zum Symbol für diese Regierungspolitik wurde der sogenannte »popiwek« – eine progressiv anwachsende Besteuerung der Lohnzuwächse, die über eine festgelegte Norm hinausgehen. Diese Steuer betrifft nur die Staatsbetriebe, denn nur dort beeinflußt der Druck der Belegschaften die Lohnentwicklung unabhängig von den Erträgen. Außer dem »popiwek« zahlen die Staatsbetriebe noch die sogenannte »Dividende«, eine spezifische Vermögenssteuer, für die auch die betriebseigenen Wohnungen und Kraftwerke berechnet werden, welche ohnehin von den Betrieben bezuschußt werden müssen.

Es ist wahr, daß die verschiedenen Regierungen bis heute die Staatsbetriebe in Einklang mit der Logik der Marktwirtschaft sich selbst überlassen haben, in der Hoffnung, daß der Markt und der Steuerdruck sie zu Veränderungen zwingen würden. Doch unter den gegebenen Bedingungen waren die meisten Staatsbetriebe zu Veränderungen nicht in der Lage. Zur Problematik des Systemumbaus gesellte sich die der wirtschaftlichen Strukturveränderungen, die angesichts der weltweiten technologischen Entwicklung notwendig geworden waren. Das im Sozialismus geltende Primat der Stahl- und Schwerindustrie sowie des Bergbaus ist anachronistisch geworden. Diese Branchen müssen unbedingt zurückgefahren und rationalisiert werden, zugleich muß die Rüstungsindustrie wie auch die rückständige, konkurrenzunfähige Konsumgüterindustrie umstrukturiert werden.

Betrachten wir diese Aufgabe aus der Sicht der Regierung und der politischen Eliten, so verlangt sie nach einer programmatischen Konzeption und nach Mitteln. Aber eine Konzeption ist schwer zu haben, und Mittel gibt es nicht. Und die Arbeiter in den Großbetrieben hören, daß weder ihr Unternehmen noch die Branche eine Zukunft haben. Es ist kaum verwunderlich, wenn sich ihre Zukunftsunsicherheit und Angst in einer Ablehnung der Regierung Luft machen.

Die Wirtschaftsentwicklung, die gegenwärtig in Polen stattfindet, ist mit wenigen Ausnahmen an diesen Betrieben vorbeigegangen. Wir sprechen

hier von ganzen Regionen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, von Kleinstädten, die um einen untergehenden Betrieb entstanden sind, von einer Umwelt, in der die Luft, das Wasser und die Erde verseucht sind.

Angesichts all dessen ist es erstaunlich, daß nur die Hälfte der Arbeiter aus den Großbetrieben die Privatisierung ablehnt. Sie sehen in der Privatisierung lediglich Diebstahl und Betrug, denn ihrer Meinung nach kann es nur ein Dieb in Polen zu etwas bringen; und zu ausländischem Kapital fällt ihnen nur der Ausverkauf des nationalen Eigentums ein.

Nur 5% der Arbeiter unterstützen die Privatisierung ohne Vorbehalte und verstehen ihre Bedeutung, etwa 40% geben zögernd zu, daß in ihren Betrieb investiert werden müßte und besser qualifizierte Führungskräfte gebraucht würden. Vermutlich sind diese 40% das Ergebnis bereits erfolgter Privatisierungen, die den Belegschaften guten Verdienst gebracht haben. Die Mehrzahl der Arbeiter überschätzt jedoch den Wert ihres Betriebes und reagiert deshalb auf jedes Privatisierungsangebot, als ob es sich um Betrug handeln würde.

Ich habe oben gesagt, daß die Ordnung der sozialen Gerechtigkeit die Menschen ihrer Freiheit und Selbstbestimmung beraubt hat, daß es im Kommunismus jedoch Zeiten gab, in denen die Arbeiter sich diese Freiheit und Selbstbestimmung in den Protestbewegungen und schließlich in der Gewerkschaft eroberten. Der Niedergang des realen Sozialismus hat den Arbeitern keineswegs Freiheit und Selbstbestimmung gebracht. Im Gegenteil, sie haben nicht nur Privilegien und soziale Sicherheit verloren, sondern auch ihr Prestige eingebüßt und erleben sich als Objekt in einem Kräftespiel, das sie nicht verstehen und von dem sie deshalb nur das Allerschlimmste annehmen.

Die Gewerkschaften bestehen fast ausschließlich aus Mitarbeitern der Staatsbetriebe. Diese Menschen werden im Zuge des wirtschaftlichen Umbaus ins Abseits gedrängt, was ihre Radikalisierung und damit auch eine Radikalisierung der Gewerkschaften zur Folge hat.

Die *Solidarnosc* ist untrennbar mit den Reformen verbunden, aus ihren Reihen kommt ein großer Teil der gegenwärtigen staatlichen Elite, und ob es ihr paßte oder nicht, standen sämtliche Regierungen seit 1990 unter ihrem Vorzeichen – zumindest kam es der Bevölkerung so vor. Doch zugleich fühlt sich die Mehrheit der *Solidarnosc*-Mitglieder von der Politik dieser Regierungen diskriminiert und wird tatsächlich durch die Reformen an den Rand gedrängt. Daher die innere Widersprüchlichkeit in den Erklärungen und Aktivitäten von *Solidarnosc* – einerseits eine Radikalität in der Tonart, andererseits die Suche nach einem Kompromiß.

Ein Teil der früheren Aktivisten von *Solidarnosc* war gegen die Gespräche am »Runden Tisch« und gründete die *Solidarnosc 80*, die heute konsequent die Staatsbetriebe verteidigt. Entgegen den ursprünglichen Intentio-

nen verkündet sie ein utopisches Programm der Rückkehr zu den alten Zuständen und bedient sich dabei einer religiösen Phraseologie.

Die Gewerkschaft *OPZZ* wiederum wurde von den Kommunisten in der Zeit des Kriegsrechts gegründet. Sie wurde von unten, von der betrieblichen Ebene her aufgebaut, auf der selbständige Gewerkschaftsorganisationen entstanden, die sich in Branchengewerkschaften zusammenschlossen und schließlich die Allgemeine Polnische Gewerkschaftsallianz bildeten. Es scheint, daß diese Form des Aufbaus Menschen angezogen hat, die – natürlich im Rahmen der damals herrschenden Ordnung – tatsächlich die Interessen ihrer Belegschaften vertreten wollten. Dies war ganz im Sinne der damaligen Machthaber, die hofften, daß eine solche Haltung der Gewerkschaften ein wirksames Gegenmittel zur *Solidarnosc* darstellen würde. Und so herrscht bei der *OPZZ* und den mit ihr verbundenen Gewerkschaften bis heute die Haltung vor, die Interessen der Belegschaften im Rahmen der bestehenden Ordnung zu verteidigen, auch wenn sich diese Ordnung grundsätzlich verändert hat. Die Funktionäre der *OPZZ* kämpfen in der Regel nicht gegen den wirtschaftlichen Umbau. Wie die Mehrheit der *Solidarnosc*-Funktionäre suchen sie nach einem Kompromiß zwischen den Beschäftigten der Staatsbetriebe und der Regierung.

Das bedeutet, daß die stärksten Gewerkschaften um einen Kompromiß bemüht sind. Doch leider findet eine Radikalisierung statt, die es immer schwieriger macht, einen Kompromiß zu finden. Es entstehen immer mehr Gewerkschaften mit immer weniger Mitgliedern. Die Betriebs- und Branchengewerkschaften sind oft vernünftig und repräsentativ. Aber es gibt inzwischen mehr als zehn neue Gewerkschaften, die sich als überregionale Organisationen haben registrieren lassen. Sie sind zwar klein, agieren aber radikal und verantwortungslos.

Für einen nationalen Kompromiß

Viele Politiker und Wirtschaftsfachleute meinen, daß ein Kompromiß zwischen den Arbeitern der Staatsbetriebe und dem Staat, der das Programm des Übergangs zur Marktwirtschaft durchführt, überhaupt nicht nötig sei: In ein, zwei Jahren würden die Staatsbetriebe ohnehin zusammenbrechen und mit ihnen die Gewerkschaften, was nur von Vorteil sei.

So drastisch ist dieser Gedanke zwar bisher noch nicht formuliert worden, doch wie anders sollte man die heftigen Angriffe auf die Verhandlungen verstehen, die zwischen der Regierung von Frau Suchocka und den Gewerkschaften geführt werden, um einen Pakt über die Staatsbetriebe zu verabschieden? Dieser Pakt soll die Gewerkschaften und Belegschaften zu Partnern der Betriebsführungen und der Regierung in der Umgestaltung und Privatisierung der Staatsbetriebe machen. Ein Kritiker schrieb, daß es

den Arbeitern darum geht, mehr Geld zu verdienen, die Wirtschaft hingegen von Profis verwaltet werden sollte; folglich seien Verhandlungen über einen solchen Pakt überflüssig. Die Notwendigkeit eines professionellen Wirtschaftsmanagements ist auch unter Gewerkschaftern unumstritten. Aber es geht um die Frage, welchen Zielen, d.h. wessen Interessen eine solche Professionalität dienen sollte. Wir dürfen nicht vergessen, daß in den Aufsichtsräten von Unternehmen die Eigentümer und nicht die Manager sitzen. Wenn es nicht gelingt, in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen Kompromiß zwischen den Interessen der Eigentümer und denen der Beschäftigten zu finden, werden Konflikte diese Zusammenarbeit beherrschen.

Natürlich wollen die Arbeiter Geld verdienen. Doch während sie bis vor kurzem relativ gut verdient haben, leiden sie heute unter größeren Einkommenseinbußen als andere Berufsgruppen. Das betrachten sie als eine Ungerechtigkeit und begehren dagegen auf. Wir müßten also entweder ihren Protest wirksam niederhalten, oder wir müssen lernen, mit ihren Vertretern zu paktieren.

Wie kommt es, daß gerade in dem Moment, da es gelungen war, die wichtigsten Dokumente des Paktes zu verabschieden, die größten Streiks seit 1980 ausgebrochen sind? Wir hatten nicht einmal die Zeit, den Pakt zu unterzeichnen. Versuchen wir das zu verstehen. Die ständigen Regierungswechsel haben dazu geführt, daß wir mit der Ausarbeitung eines nationalen Kompromisses zu spät begonnen haben. Die Gewerkschaften hatten da bereits an Einfluß und Autorität eingebüßt, weil die Arbeiter in den Staatsbetrieben und ihre Gewerkschaftsvertreter den Glauben an den Sinn von Verhandlungen verloren hatten. Die Einkommenseinbußen in den Arbeiterfamilien waren unerträglich geworden, zumal man begonnen hatte, vom Anstieg der Produktion zu sprechen.

Aber noch wichtiger ist die Tatsache, daß der Pakt selber nicht umfassend genug ist. Es fehlen Konzepte zur Umstrukturierung der Schlüsselindustrien und zur Regionalentwicklung. Solche Programme sind heute unentbehrlich und haben nichts zu tun mit einer Rückkehr zur Planwirtschaft. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser Prozeß der Transformation und Restrukturierung der Wirtschaft ganz naturwüchsig stattfinden wird. Der Staat kann sich daher nicht auf makroökonomische Entscheidungen beschränken. Für eine gesellschaftliche Verständigung ist darüber hinaus ein Engagement der großen gesellschaftlichen Gruppen notwendig: der Belegschaften, der Kommunen, der Manager und der Unternehmer.

Was wir brauchen, ist eine Industrie- und Regionalpolitik, die im Rahmen des Marktes mit Hilfe von Steuern, Zöllen und in gewissem Umfang mittels Finanzhilfen (Kreditgarantien und Subventionen) die notwendigen Bedingungen für private und gesellschaftliche Initiativen schafft. Mit ande-

ren Worten, wir brauchen Programme für die Restrukturierung und Entwicklung von Branchen und Regionen, Programme, die einen Kompromiß zwischen den Forderungen verschiedener Gruppierungen herstellen. Wenn es uns nicht gelingt, solche Kompromisse auszuarbeiten, wird es weitere Streikwellen geben und die Regierung wird versuchen müssen, sie zu brechen.

Lassen wir das Problem beiseite, ob es für ein solches Vorgehen den nötigen politischen Rückhalt im Parlament gäbe. Noch wichtiger wäre die Unterstützung der Bevölkerung. Allerdings zeigen Umfragen, die am Anfang des Bergarbeiter- und Eisenbahnerstreiks im Dezember 1992 in Warschau durchgeführt wurden, daß die Hälfte der Befragten den Streik unterstützte. Woher kommt diese unerwartete und uneigennützige Unterstützung für die Streikenden? Ich meine, daß dies mit den oben erwähnten Mythen zu tun hat, vor allem mit dem Mythos der sozialen Gerechtigkeit.

Die Mehrheit der Polen meint, daß die Politik der Regierung der dritten Republik die Schwachen benachteilige, während sie die Starken und Reichen unterstütze. Das wird von den meisten als Betrug betrachtet. In dem Maße, wie das Parlament (der Sejm) seine Autorität einbüßt, wird zunehmend auf außerparlamentarische Lösungen gesetzt. Dabei wird der in der historischen Erfahrung wurzelnde Mythos von der Arbeiterklasse wirksam, die im Namen der Nation auftritt und mittels Streiks die schwierigsten Probleme löst. Sollte die Regierung versuchen, die Streiks zu brechen, wird sie es – optimistisch gerechnet – mit dem Widerstand von etwa der Hälfte der Bevölkerung zu tun haben. Ich glaube in einem solchen Kampf allerdings nicht an einen Sieger. In einer Situation, in der ein Kompromiß zwischen den Konzepten der Transformation und den Interessen der Beschäftigten in den Staatsbetrieben unmöglich geworden ist, wird es keine wirtschaftliche Entwicklung und damit auch keine Chance für die Umsetzung der Arbeiterinteressen geben. Das wahrscheinlichste Szenario sähe dann so aus: Streiks werden Lohnerhöhungen erzwingen, deren Folge eine Hyperinflation und eine wilde, immer stärker von Spekulationsinteressen geprägte Privatisierung sein wird. Denkt man an die entsprechenden Folgen in der Politik, wird einem angst und bange.

Die bisher geschlossenen Abkommen mit der Eisenbahnergewerkschaft, der *Solidarnosc* der Bergarbeiter und der Landeskommission von *Solidarnosc* zeigen, daß ein Kompromiß möglich ist. Diese Abkommen basieren auf einem Pakt mit den Staatsbetrieben und koppeln Lohnverbesserungen an den Prozeß des Umbaus und der Entwicklung der Wirtschaft.

Während der Verhandlungen über diesen Pakt und der gleichzeitig geführten Diskussionen über einen Pakt mit den Privatunternehmen zeichnete sich – pathetisch gesprochen – die Chance ab, eine Verständigung zwischen den Unternehmen und der Arbeitswelt aufzubauen. Es

stellte sich nämlich heraus, daß beide Seiten im Prozeß des wirtschaftlichen Umbaus mehr gemeinsame als gegensätzliche Interessen haben.

Dennoch glaube ich nicht an die magische Kraft von Abkommen. Es wird notwendig sein, die Unterstützung der Belegschaften und der Bevölkerung für sie zu gewinnen. Es wird nicht das letzte Mal gewesen sein, daß der Verabschiedung solcher Abkommen Streiks folgen, manchmal wilde Streiks, manchmal von vernünftigen Gewerkschaften organisiert, einschließlich der *Solidarnosc.* Und verschiedene gesellschaftliche Gruppen werden im Namen der sozialen Gerechtigkeit diese Streiks unterstützen. In der Form des realen Sozialismus hat die Idee der sozialen Gerechtigkeit eine Niederlage erlitten, die sich nicht mehr rückgängig machen läßt. Aber heißt das, daß man eine gesellschaftliche Ordnung aufbauen kann, die den Mythos der sozialen Gerechtigkeit, an den die Polen glauben, verwirft? Ich meine, daß das nicht geht. Bevor ich dies zu begründen versuche, will ich den polnischen Umbruch im globalen Kontext betrachten.

Das Ende einer Epoche

Die nach dem 2. Weltkrieg etablierte Teilung der Welt und zugleich ihre neue Ordnung beruhten auf der Rivalität zweier großer Ideen, zweier Systeme und Großmächte. Die verbrecherischen Konsequenzen des Kommunismus und dieser globalen Rivalität sind bekannt. Doch wir neigen dazu, die positiven Konsequenzen dieses Kampfes zweier Systeme zu vergessen. Wir sehen höchstens die technologischen Folgen des Wettrüstens, das zur explosiven Entwicklung der Elektronik, der Informatik und der Medien beigetragen hat. Doch vergegenwärtigt man sich die Welt, wie sie vor einem halben Jahrhundert existierte, so wird deutlich, daß seitdem eine weitgehende Emanzipation der Klassen, Rassen, Nationen, der Geschlechter und der Kinder stattgefunden hat und daß die Menschenrechte, einschließlich der sozialen Rechte, zu einem allgemeinen Glaubensgrundsatz geworden sind. (Unserem Glauben werden wir zwar häufig untreu, doch schämen wir uns dann dafür.) Ich bin überzeugt davon, daß dies ebenfalls eine Auswirkung der großen Systemrivalität ist.

Der Kommunismus hat die Welt mit der Herausforderung der sozialen Gerechtigkeit konfrontiert. Er vermochte es, enorme Kräfte freizusetzen, die Armen und Unterdrückten in der ganzen Welt zu erreichen, und was vielleicht am wichtigsten ist, er vermochte es, die Gewissen zu bewegen. Der reiche Westen mußte – um zu überdauern – auf diese Herausforderung reagieren und ihr eine eigene entgegensetzen. Der Westen warf die Idee der Freiheit, der Demokratie und des Wohlstands in die Waagschale. Darauf mußte nolens volens der Kommunismus wiederum reagieren. Er tat es – zwar bescheiden, aber bis zur Selbstzerstörung.

Die Rivalität der Systeme fand im Weltmaßstab statt, doch mich interessiert hier vor allem die Art, wie der reiche Westen auf die Idee der sozialen Gerechtigkeit reagiert hat. Wie hat er reagiert auf die östlich der Elbe demonstrierte Verteilung von Wohnungen, auf die allgemeine medizinische Versorgung, die soziale Absicherung im Krankheitsfalle, das allgemein zugängliche Bildungswesen und auf die Bedeutung der organisierten Arbeiterschaft?

Um der Klarheit der Argumentation willen personifiziere ich hier den Westen, der sich ja aus verschiedenen Staaten zusammensetzt, innerhalb derer wiederum verschiedene Parteien, einschließlich der kommunistischen, aktiv sind. Die Suche nach neuen sozialen Lösungen im Rahmen der Marktwirtschaft fand natürlich nicht als linearer Fortschritt statt, sondern folgte spezifischen Mäandern, wie es dem Wesen einer parlamentarischen Demokratie entspricht. Wichtig ist aber, daß mit Hilfe von Kompromissen Lösungen gefunden worden sind.

Eine Antwort auf die vermeintliche Bedeutung der organisierten Arbeiterschaft in den kommunistischen Ländern stellte der Ausbau des Arbeitsrechts dar, darüber hinausgehend die Praxis der Kollektivverträge, die Mitwirkung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten, die Beteiligung von Beschäftigten am Eigentum und vor allem die Institutionalisierung von Verhandlungsrunden, in denen Vertreter der Regierung, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Probleme und Konflikte lösen können.

Im Bereich der Sozialpolitik wurden zwei Arten von Lösungen gefunden: Einerseits Sozialleistungen, die der Bürger von zentralen, über Steuern finanzierte Institutionen bezieht, andererseits Selbstorganisationen, die durch den Staatshaushalt unterstützt werden. Diese Unterscheidung ist wichtig, denn alles, was ich über die negativen Folgen der staatlichen Verteilung geschrieben habe, trifft auch auf die entsprechenden Lösungen im Westen zu. Auch im Westen sind diese Institutionen in eine Krise geraten, die durch eine vielfache Steigerung des Bedarfs und einen Rückgang des Angebots ausgelöst wurde. Dies fällt in gefährlicher Weise mit dem Niedergang des Kommunismus und dem damit einhergehenden Niedergang des Mythos der sozialen Gerechtigkeit zusammen.

Krise der universalen Ideen?

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus endete auch die Epoche der Systemrivalität. Der Geist des Universalismus, der den Antrieb für kollektive Mobilisierungen im Globalmaßstab gebildet hatte, ist verschwunden. Heute scheint sich die Vermutung vieler Denker zu bestätigen, daß es keine Zivilisation geben könne ohne die Kraft universaler Ideen, die Herz und Verstand mobilisieren. Es kann kein Zufall sein, wenn gerade jetzt an

verschiedenen Orten der Welt Partikularismus, Nationalismus und ein ihnen dienstbarer religiöser Fundamentalismus die Oberhand gewinnen. Eine Religion, die sich der nationalen Idee unterordnet, verkehrt sich in ihr Gegenteil.

Ich glaube, was geschehen ist, kann man nur mit dem Untergang des Römischen Reiches vergleichen. Die oben für den polnischen Zusammenhang beschriebenen Konflikte treten in allen postkommunistischen Ländern auf. Doch den anderen Ländern fehlen die Erfahrungen und Errungenschaften von *Solidarnosc*, und entsprechend schwerer wird es dort sein, diese Konflikte zu überwinden. Nach dem Fall des Kommunismus haben wir eine Okzidentalisierung des Orients erwartet. Aber leider tritt eine Orientalisierung des Okzidents ein. Wird es uns gelingen, angesichts solcher Entwicklungen in der Welt unsere Probleme in Polen zu lösen?

Der Kommunismus hat gezeigt, wie gefährlich der Versuch sein kann, die Idee der sozialen Gerechtigkeit zu verwirklichen. Man kann natürlich behaupten, daß es nur um eine bestimmte Auslegung dieser Idee ging. Doch was zählen die Worte, wenn sie mit der Wirklichkeit konfrontiert werden? Und die aufgeklärte öffentlichen Meinung der Welt ist heute von einem modischen Liberalismus beherrscht, der sich als unsentimental versteht. In den reichen Ländern Westeuropas halten sich die Armen an noch Ärmeren schadlos.

Auch wenn Gerechtigkeit durch den Kommunismus diskreditiert und in den Augen vieler obsolet scheint und auch wenn es in der Tat schwer ist, Gerechtigkeit zu definieren, so bin ich doch zutiefst davon überzeugt, daß sie die universale Idee ist, die heute die Menschen – Individuen und Gesellschaften – noch zu mobilisieren vermag. In Polen wird Gerechtigkeit verstanden als das Recht auf Chancengleichheit, auf berufliche Aktivität, auf Wohnung, medizinische Versorgung, Altersversorgung, Bildung, Kultur und würdige Lebensbedingungen. Das Streben nach der Umsetzung einer so verstandenen Idee der sozialen Gerechtigkeit müssen sich Regierungen und soziale Bewegungen, in Polen und in der ganzen heutigen Welt, zur Aufgabe machen.

Für den reichen Westen sind die armen Länder, einschließlich der postkommunistischen, eine Herausforderung. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der bipolaren Weltordnung stellen wir für den Westen eine ungleich größere Bedrohung der politischen Stabilität in der Welt dar als vorher. In ihrem eigenen Interesse sollten die hochindustrialisierten Länder des Westens anstelle der Rüstung und des Kampfes um Einflußsphären ein Programm zum Ausgleich der Entwicklungschancen in der Welt ausarbeiten und finanzieren.

Dies könnte eine große Bewegung mobilisieren, getragen von einer neuen universalen Idee, die den Antrieb für eine Entwicklung der Zivilisa-

tion bilden würde. Denn nur in einer großen sozialen Bewegung vermögen Ideen das Herz und den Verstand der Menschen zu erobern.

Wir können in Polen natürlich nicht warten, bis eine solche Bewegung die Welt erfaßt. Wir müssen selber damit anfangen. Das wird uns gelingen, wenn wir uns des universellen Zusammenhangs unseres Wirkens bewußt sind. Wir brauchen unbedingt Europa und die Welt. Aber Europa und die Welt brauchen auch uns.

Wir wissen inzwischen, daß es keine Freiheit ohne Markt gibt. Aber die Wirklichkeit der letzten Jahre hat uns brutal belehrt, daß der Markt nicht gleichbedeutend mit Freiheit ist. Die Mehrzahl der Menschen in Polen ist zu arm, um die Freiheit in Anspruch zu nehmen, die der Markt mit sich bringt. Wir müssen also Wege finden, im Rahmen des Marktes Menschen die Chance zu geben, ihre Bestrebungen zu verwirklichen, auch wenn sie nicht genug Geld haben.

Wir wissen inzwischen auch, daß eine direkte staatliche Verteilung keine Sozialpolitik darstellt, sondern sie vereitelt. Insbesondere wäre auch das hier postulierte Programm zum Chancenausgleich nicht in dieser Weise zu verwirklichen. Die liberale Kritik der staatlichen Verteilung geht davon aus, daß einzig das Geld die Nachfrage regulieren sollte.

Dabei kann individuelle wie gesellschaftliche Aktivität durchaus auch ein wirksames Regulativ darstellen, etwa in Gestalt der Suche nach einem Kompromiß zwischen den Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, wie sie unter Beteiligung der Regierung im Rahmen verschiedener Abkommen und Kommissionen stattfindet. Eine ähnliche regulierende Funktion hat die Gründung von Solidarkassen, verschiedener Sozial- und Wohnungsfonds, von Stiftungen und allen Institutionen, die die Menschen schaffen, um ihre Ziele zu verwirklichen. Der Staat sollte sie durch Steuerbefreiungen und gelegentlich auch durch Subventionen unterstützen, die im Verhältnis zu der gesellschaftlichen Bedeutung ihres Wirkens und zu ihren Eigenmitteln stehen.

Mit Hilfe von Wohnungsfonds und Mietergenossenschaften kann man, wie die Erfahrungen in Deutschland und Frankreich zeigen, das Problem des Rechts auf Wohnung für alle angehen. Auf diesen Erfahrungen basiert das Wohnungsprogramm der Regierung Suchocka. Mit Hilfe von Sozialversicherungskassen kann man das Problem der Kranken-, Alters- und Arbeitslosenversicherung lösen. In verschiedenen Ländern Europas wird diese Lösung erfolgreich praktiziert. Wir beginnen auch in Polen, diese Praxis zu entwickeln, doch stellt sie noch eine Randerscheinung dar.

Im westlichen Europa dominieren zentrale Versicherungsinstitutionen, die vom Staatshaushalt getragen werden und deshalb mit den Fehlern des staatlichen Verteilungssystems behaftet sind. Der Schwächen solcher Lösungen wird man sich immer deutlicher bewußt. Die hier postulierte

Einschränkung einer direkten Verteilung, bei der der Empfänger die Sozialleistungen unmittelbar aus dem Staatshaushalt empfängt, würde zu einer radikalen Begrenzung oder zumindest Modifikation der Fürsorgefunktion des Staates führen. Die auf den Einzelnen gerichtete staatliche Fürsorge führt zu einer Etatisierung des gesellschaftlichen Lebens und verwandelt den Bürger in einen Klienten des Staates. Das Prinzip hingegen, daß der Staat günstige Bedingungen für die Entwicklung von Initiativen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen schaffen sollte – und nur ein demokratischer Staat wird eine solche Aufgabe erfüllen können –, verhindert die Uniformierung des gesellschaftlichen Lebens und schränkt radikal die Etatisierung ein.

Die Aufgabe des staatlichen Systems würde darin bestehen, in Zusammenarbeit mit den lokalen Selbstverwaltungen auch den sozial Schwachen einen minimalen Lebensstandard zu garantieren. Auf diese Weise würden die Verwirklichung des Marktes und die Verwirklichung der Freiheit zusammenfallen.

Man muß träumen

Nachdem der Versuch gescheitert ist, die Idee der sozialen Gerechtigkeit gegen die Logik des Marktes zu verwirklichen, muß man einen zweiten Versuch wagen. Man sollte die Marktmechanismen nutzen und sie als Instrumente behandeln, mit denen man die Wirksamkeit verschiedener Projekte überprüfen kann. Auf diese Weise werden wir niemanden mit Gewalt zu seinem Glück zwingen, denn wir werden nur ein Angebot machen, eines unter vielen auf dem Markt.

Das Programm zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit mit Hilfe von Selbstorganisation und gesellschaftlichen Abkommen ist nicht neu, seine Wirksamkeit ist bereits überprüft. Auch die Idee eines demokratischen Staates, der solche Initiativen unterstützt, ist nicht neu, so wenig wie die Idee internationaler Institutionen, die konkrete regionale Programme finanzieren und wiederum von den Regierungen der einzelnen Staaten unterstützt werden. Neu wäre das Ausmaß einer solchen Unternehmung. Es handelt sich um eine Utopie, die sich die Menschen in jahrhundertelangen kollektiven Anstrengungen erarbeitet haben. Der Mythos der sozialen Gerechtigkeit kann nur in großen sozialen Bewegungen lebendig bleiben. Solche Bewegungen brauchen eine Utopie, eine Vision von einer gesellschaftlichen Ordnung, in der sich dieser Mythos verwirklichen ließe.

Wir haben gelernt, Utopien zu fürchten. Aber die Menschheit kann ohne Utopien nicht leben. Man wird einwenden, daß es sich bei der Vorstellung von national, ethnisch oder religiös homogenen Staaten eben-

falls um Utopien handelt, die die kommunistische Utopie mit ihren verbrecherischen Folgen ablösen und die kaum weniger Verhängnisvolles bergen.

Ich meine, es geht darum, eine universale Utopie zu schaffen, die offen für jeden wäre, es allen gleichermaßen ermöglichen würde, sie in ihrem Bereich zu verwirklichen, ohne anderen etwas aufzuzwingen. Eigentlich ist es eine Vielfalt kleiner Utopien, die sich – das möchte ich mit Nachdruck unterstreichen – im Rahmen eines demokratischen Gemeinwesens zu einer großen Utopie oder von mir aus zu einer mittleren zusammenfügen. Ich fürchte, es wird nie ganz gelingen, alle Mitglieder einer Gesellschaft in ein Engagement für selbstverwaltete Strukturen – Sozialversicherungskassen, Stiftungen, Genossenschaften, Gewerkschaften etc. – einzu- binden. Aber man sollte sich bemühen.

Die Träume der Menschheit erfüllen sich nie, dennoch muß man träumen und versuchen, sie zu realisieren. Davon wird die Welt schöner und besser.

Warschau, im Januar 1993

Aus dem Polnischen von Anna Leszczynska